

RM Ottens führt aus, dass es sich bei dem Kramermarkt um eine Traditionsveranstaltung handelt, die seit 61 Jahren in Schortens durchgeführt worden ist. Zugegeben sei er nicht mehr unbedingt zeitgemäß und auch kein Besuchermagnet mehr. Die Schausteller jedoch seien nach eigenen Aussagen mit den Einkünften zufrieden. Er kritisiert, dass der Beschluss, die Wiese nicht mehr für die Durchführung des Marktes zur Verfügung zu stellen, ohne öffentliche Vorberatung in nicht öffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses gefasst wurde. Es sei nicht richtig, die Wiese in solch einer „Nacht- und Nebelaktion“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen und sie als Bauland auszuweisen. Er gibt zu bedenken, dass die Wiese morgen noch kein Bauland sein wird und die Stadt kaum über andere Veranstaltungsflächen verfügt. Da es keine Not und auch keine Eile gibt, könne man den Kramermarkt durchaus auch im nächsten Jahr auf der Wiese durchführen und die Zeit nutzen, gemeinsam mit allen Ratskolleginnen und -kollegen, dem Stadtmarketing, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, den Schaustellern, Vereinen und den Kaufleuten zu überlegen, wie man aus diesem Kramermarkt wieder ein Traditionsfest machen kann. Lediglich ein Jahrmarkt sei nicht richtig. In diesem Zusammenhang bestätigt er die vor Jahren in einem Presseinterview von der Verwaltung getroffene Aussage, dass dem Kramermarkt die „Begleitmusik“ bzw. ein Begleitprogramm fehlt.

Er unterstreicht, dass der Protest der Menschen vielleicht nicht so sehr gekommen sei, weil es nur um den Kramermarkt gehe, sondern um die Art und Weise der Entscheidungsfindung.

BM Böhling teilt mit, dass er vor einigen Wochen den Vorschlag unterbreitet hat, den Kramermarkt nicht mehr durchzuführen. Der Verwaltungsausschuss habe dann den Beschluss gefasst, die Festwiese für Veranstaltungen grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Er betont, dass er diesen Vorschlag sehr wohl überlegt in die Beratung eingebracht hat. Vor 20 Jahren sei es üblich gewesen, am Montagnachmittag gemeinsam den Kramermarkt zu besuchen. Das halbe Rathaus sei damals zum Kramermarkt gegangen und auch viele Unternehmen und Betriebe. Damals habe es auch noch ein großes Festzelt gegeben, das in den Folgejahren verkleinert wurde und schließlich ganz verschwunden war. Die Stadt habe versucht, gemeinsam mit den Schaustellern neue Akzente zu setzen. Vor einigen Jahren sei versucht worden, gemeinsam mit den Schützenvereinen etwas zu organisieren, weil auch diese Probleme haben und inzwischen auch viele Schützenfeste nicht mehr stattfinden. Der letzte Versuch sei gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses im Jahr 2011 unternommen worden als die Organisation des Kramermarktes den Schaustellerverbänden übertragen wurde. Diese Übergabe sei mit der Hoffnung verbunden gewesen, eine Attraktivitätssteigerung für den Kramermarkt zu erlangen.

Er für sich könne nur feststellen, dass sich die Qualität der Fahrgeschäfte nicht verbessert hat und auch keine neuen Fahrgeschäfte hinzugekommen sind. Näher geht er auf das Freizeit- und Besucherverhalten der Kinder und Jugendlichen ein, das sich wesentlich verändert hat. Sofern man Kindern und Jugendlichen etwas Attraktives bieten möchte, müsse jedes Jahr etwas Neues auf dem Volksfest angeboten werden. Heute sei es vielfach so, dass Familien lieber ein- oder zweimal im Jahr einen großen Freizeitpark mit attraktiven Fahrgeschäften besuchen.

Wer häufig auf dem Kramermarkt gewesen ist habe feststellen müssen, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher in den letzten Jahren merklich abgenommen hat. Irgendwann müsse man daher so mutig sein und die Entscheidung treffen, den Kramermarkt auf dieser Festwiese nicht mehr durchzuführen.

Die Verwaltung habe auf seinen Vorschlag hin den Auftrag erhalten, eine Alternativveranstaltung anzubieten. Der erste Vorschlag, ein Weinfest durchzuführen, treffe jedoch nicht die richtige Zielgruppe. Das Stadtmarketing erarbeite derzeit einen Vorschlag für eine Alternativveranstaltung mit dem Schwerpunkt „Kinder und Jugendliche“, der am 20. November 2013 dem Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus vorgestellt wird. BM Böhling würde es begrüßen, wenn in diesen Vorschlag Elemente des Kramermarktes einfließen und sich die Schaustellerinnen und Schausteller daran beteiligen würden.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des Bürgermeisters bestätigt **RM Just**, dass der Kramermarkt in seiner jetzigen Form auf Dauer keine Überlebenschance hat. Zwar sei er für die Schausteller noch tragbar, wenn es jedoch weiterhin so einen Rückgang geben würde wie in den letzten Jahren, würde er tatsächlich sterben. Soweit sei es jedoch noch nicht, denn man könne etwas für ihn tun. Die Stadt habe wirklich nicht alles getan, vielmehr sei sie weit darunter geblieben. Gemäß Mitteilung der Kommunalaufsicht sei es jedoch die Pflicht der Stadt, alles Mögliche zum Erhalt des Kramermarktes zu unternehmen.

Die vom Bürgermeister erwähnte Beteiligung der Schützenvereine sei das Einzige, was die Stadt vorweisen könne. Das nächste sei die Abgabe der Verantwortung an die Schausteller vor drei Jahren gewesen. Das sei beileibe nicht das, was von der Stadt verlangt werde, nämlich alles für den Erhalt dieses 61 Jahre alten Traditions- und Volksfestes zu veranlassen. Alles zu unternehmen erfordere zunächst die Erstellung eines Konzeptes. Für ihn stellt sich die Frage, warum das Stadtmarketing nicht speziell für die Erstellung eines Konzeptes eingesetzt wurde, welches schon im Jahr 2005 verlangt worden sei. RM Just betont, dass die „Begleitmusik“ aus der City kommen müsste. Dieses könne jedoch nicht durch die Schausteller geleistet werden.

Der Nachweis, alles Mögliche zum Erhalt des Kramermarktes unternommen zu haben, könne also bei weitem nicht erbracht werden. Insofern dürfe man den Kramermarkt auch nicht einstellen. Insbesondere sei man es den Menschen schuldig, die mit ca. 4200 Unterschriften den Bestand des Marktes fordern. Er stellt heraus, dass sich auch diese eine Verbesserung wünschen. In diesem Zusammenhang verweist er auf verschiedene Ideen aus der Bevölkerung wie z. B. die Verlängerung des Kramermarktes in die City hinein, Durchführung eines Festes Ende Juni in der City unter dem Motto „Mittsommernachtsfest“ sowie die Durchführung eines Luftballonwettbewerbs und eines Deckenflohmarktes im kleinen Park, die die Stadt habe fallen lassen. Den Kramermarkt in die City zu verlängern würde auch die Aufstellung von Ständen und kleinen, historisch angepassten Karussells beinhalten.

Er bestätigt, dass der Kramermarkt teurer geworden ist. Jedoch könne man mit den Schaustellern darüber verhandeln, nicht nur an einem, sondern an jedem Tag Vergünstigungen anzubieten. Als Stadt könne man die Schausteller durchaus in die Pflicht nehmen und auf die zu erwartende Steigerung der Besucherzahl durch einen verkaufsoffenen Sonntag hinweisen und diesen als Veranstalter auch durchführen. Bisher habe sich die Stadt bei der Suche nach Möglichkeiten vollkommen unter- und die Schauseller überfordert. Auf diesem Wege dürfe man sich nicht vom Kramermarkt verabschieden, das seien Rat und Verwaltung den Menschen schuldig.

RM von Heynitz führt aus, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen – Anne Krüger – Anja Kindo“ die Ausführungen der Ratsmitglieder Ottens und Just unterstützen. Ihm persönlich und der Gruppe missfalle die Art und Weise des Vorgehens in dieser Angelegenheit, nämlich ohne Vorabinformation der Öffentlichkeit etwas zu beschließen, dann einen Pressebericht über die Abschaffung des Kramermarktes abzugeben und erst danach über Alternativvorschläge nachzudenken. So dürfe man nicht mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt umgehen. Vielmehr müsse zunächst eine öffentliche Debatte über die Überlegungen zum Verkauf der Kramermarktwiese erfolgen. Er bestätigt, dass in der Vergangenheit Konzepte für eine Bebauung der Kramermarktwiese – auch unter Beteiligung der Grünen – erstellt wurden. Die Gruppe möchte für 2014 die Bestandsgarantie erreichen und sich Zeit für eine gemeinsame Beratung nehmen.

Sicherlich werde man eine Alternative finden, vielleicht auf der Wiese, vielleicht nicht auf der Wiese. Wichtig sei dabei jedoch, das Ergebnis offen zu halten. Die Wiese könne sicherlich auch unterjährig für andere Dinge genutzt werden. In diesem Zusammenhang weist er auf zahlreiche in das Internet eingestellte Ideen der Initiative „Pro Kramermarkt hin.“

RM Just bittet um Beantwortung seiner zuvor eingereichten Anfragen durch den Bürgermeister.

BM Böhling regt an, die einzelnen Fragen direkt zu beantworten, damit die Antworten nachvollziehbar sind.

RM Just verweist einleitend auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 10.10.2013; die festgestellt hat, dass die abschließende Beschlussfassung über eine Einstellung des Kramermarktes oder Verlegung des Festortes dem Rat obliegt. Bisher habe der Rat weder einen Beschluss zur Einstellung noch zur Verlegung des Festortes gefasst. Anschließend stellt er seine Fragen die vom Bürgermeister beantwortet werden.

Frage 1:

Auf welcher rechtlichen Grundlage haben Sie, Herr Böhling, den Schaustellern gegenüber den Kramermarkt auf der Festwiese für 2014 abgesagt?

Antwort BM Böhling:

Wie ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 28.10.2013 mitgeteilt habe, war Gegenstand des Gesprächs mit dem Schaustellerverband die Beschlusslage des Verwaltungsausschusses vom 20.08.2013. Das heißt, ich habe mitgeteilt, dass es keine Veranstaltungen auf der Festwiese mehr geben und die Verwaltung eine Ersatzveranstaltung vorbereiten soll.

Frage 2:

Warum haben Sie nach Eingang des Schreibens von der Kommunalaufsicht die beiden Beschlüsse des Verwaltungsausschusses, „eine Ersatzveranstaltung für den Kramermarkt ist vorzubereiten“ und, „die Festwiese steht für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung“, nicht beanstandet? Es handelte sich ja nicht um Empfehlungen für den Rat, sondern um offenbar unbefugte "Letztentscheidungen" des Verwaltungsausschusses, wenigstens in der Absicht.

Antwort BM Böhling:

Der Bürgermeister kann Beschlüsse des Verwaltungsausschusses nicht beanstanden. Dies steht ausschließlich der Kommunalaufsicht zu. Der Bürgermeister kann lediglich Einspruch gegen nach seiner Auffassung rechtswidrige Beschlüsse erheben oder aber die Angelegenheit der Kommunalaufsicht zur Stellungnahme vorlegen.

Und in der Sache selber. Wie sowohl ich als auch die Kommunalaufsicht Ihnen, Herr Just, bereits mitgeteilt hat, handelt es sich nicht – wie von Ihnen fälschlicherweise dargestellt – um eine Letztentscheidung des Verwaltungsausschusses, sondern um einen „Arbeitsauftrag“ an die beiden Fachausschüsse. Deswegen war ein Handeln meinerseits wie zuvor dargestellt auch nicht angezeigt.

Frage 3:

RM Just teilt mit, dass die Kommunalaufsicht schreibt, dass bei einer Entscheidung über die Abschaffung des Kramermarktes die in einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil festgelegte Pflicht einer Kommune, Volksfeste verantwortlich durchzuführen, „angesprochenen Aspekte Tradition und sozialer Treffpunkt“ mit abgewogen werden müssen. Bisher sind diese Aspekte weder in den Beschlussvorlagen der Verwaltung noch in den Ausschusssitzungen überhaupt zur Sprache gekommen, geschweige denn angemessen berücksichtigt worden.

Wann und wie soll die erforderliche Abwägung mit den Aspekten „Tradition und sozialer Treffpunkt“ in den Ratsgremien nachgeholt werden?

Antwort BM Böhling:

Wie eben schon angesprochen, war oder sind ja auch die Fachausschüsse beauftragt, entsprechend tätig zu werden. Deswegen sollte in den folgenden Sitzungen der Fachausschüsse, das sind der Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus und der Planungsausschuss, die entsprechende Abwägung erfolgen.

Frage 4:

Die Kommunalaufsicht schreibt: "Bevor eine völlige Abschaffung dieses Jahrmarktes beschlossen würde, sind alle Alternativen zur Rettung des Volksfestes zu prüfen. Sie selbst, Herr Bürgermeister, haben uns und der Kommunalaufsicht geschrieben, dass die Stadt lediglich „einige (!) Anstrengungen zum Erhalt unternommen hat. Schützenvereine einzubinden und zum 55. Kramermarkt einen Umzug zu veranstalten. Diese „Anstrengungen“ liegen bereits über 5 Jahre zurück. Das Stadtmarketing hat sich unseres Wissens nie ernsthaft um den Kramermarkt gekümmert, insbesondere nicht um die geforderte „Begleitmusik“. Für die letzten drei Kramermärkte hat die Stadt die Verantwortung ganz abgeschoben in die Hände der Schausteller. Sogar die Aufgabe, „ein Konzept zur Erhaltung (!) und Attraktivitätssteigerung wurde den Schaustellern übertragen.

Antwort BM Böhling:

Wir haben seinerzeit die Vereinbarung zwischen den Schaustellern und der Stadt Schortens sehr intensiv im Verwaltungsausschuss diskutiert. Es liegt also ein Beschluss des Verwaltungsausschusses zugrunde. Die Anregung, dass in Zukunft die Schausteller den Markt selber durchführen, wurde von diesen sehr gerne angenommen und wir haben diese Vereinbarung dann im gegenseitigen Einvernehmen vorbereitet und im Verwaltungsausschuss beschlossen. Insofern erübrigt es sich darüber zu diskutieren, dass die Verantwortung „abgeschoben“ wurde, zumal aus meiner Sicht die Schausteller die Fachleute für die Ausgestaltung einer Kirmesveranstaltung sind und das wird vielerorts auch schon so gehandhabt.

Frage 5:

Wie verträgt sich die Pflicht, alle Möglichkeiten zur Rettung des Kramermarktes auszuschöpfen, mit dem Beschluss des Verwaltungsausschusses, dem Kramermarkt vorab den besten Standort, die Kramermarktwiese, zu entziehen?

Antwort BM Böhling:

Ob die Kramermarktwiese der beste Standort für den Kramermarkt ist, unterliegt der subjektiven Einschätzung. Fakt ist, dass nach dem gültigen Flächennutzungsplan diese Fläche als Wohngebietsfläche ausgewiesen wurde. Im Übrigen hängt die Qualität im Wesentlichen von den Inhalten ab und diese hat in den vergangenen Jahren erheblich nachgelassen.

Frage 6:

Die Kommunalaufsicht schreibt: "Das Gewerberecht befürwortet .. die Aufhebung ... eines Jahrmarktes oder Volksfestes nur dann, wenn die Durchführung der Veranstaltung dem Veranstalter nicht mehr zugemutet werden kann."

Der Kramermarkt kostet die Stadt jährlich 10.000 €. 10.000 Euro sollte die Alternative Weinfest aber auch schon kosten. Weil die Bauleitplanung 1 bis 2 Jahre dauert und noch gar nicht beauftragt ist, ist zumindest 2014 und wohl auch 2015 weder eine Bebauung noch ein Verkauf von einzelnen Baugrundstücken möglich.

Warum soll es der Stadt wirtschaftlich nicht zumutbar sein, den Kramermarkt 2014 erneut auf der Festwiese zu veranstalten?

Antwort BM Böhling:

Es geht nicht nur um die Frage, ob der Markt wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann. Das ist nur ein Teilaspekt. Es geht um die generelle Zumutbarkeit für die Stadt. Dazu gehören auch Fragen der Attraktivität des Marktes, Zahl der attraktiven Fahrgeschäfte und auch der Inanspruchnahme durch die Bevölkerung. Diese Abwägung führt für mich zu dem Ergebnis, dass der Kramermarkt auf der Festwiese keine Zukunft hat.

Nach Beantwortung der Fragen des RM Just folgen weitere Wortmeldungen der Ratsmitglieder.

RM Kloß erklärt, dass im Flächennutzungsplan die Kramermarktwiese als Wohnbaufläche ausgewiesen ist. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Aufgabe des Kramermarktes im Zusammenhang mit einer Bebauung der Fläche steht. Sie stellt ausführlich dar, dass sich die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan zugrunde gelegten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung bereits heute sehr viel negativer entwickelt haben und sich diese Entwicklung laut aktueller Prognosen fortsetzen wird. Im Jahre 2025 bestehe demnach eine Differenz von über 3.500 Einwohnern. Es sei also nicht notwendig, so viele Wohnbaugebiete auszuweisen. Darin sieht sie einen weiteren Grund, die Veranstaltung 2014 weiterhin auf der Wiese durchzuführen und sich nochmals in aller Ruhe über die Planzahl „Bevölkerungswachstum“ und damit einer Ausweisung von Wohnbaugebieten zu verständigen.

Frau Schüder, ehemaliges Mitglied des Stadtrates für die Grünen, teilt mit, dass die Grünen und die Linken dem Flächennutzungsplan seinerzeit nicht zugestimmt haben mit der Begründung, keine ausufernde Bebauung an den Rändern zu wollen. Die Grünen hätten damals Stadt- und Landschaftsplaner beauftragt, für die Kramermarktwiese und umliegende Flächen einen Plan zu erstellen, der dem Rat auch vorgestellt wurde. Dieser Plan beinhalte sehr große Parkflächen und große Flächen für Jugend und Sport. Da sich lediglich die Festwiese im Eigentum der Stadt befindet bittet sie zu bedenken, dass ein „Stückwerk“ verhindert werden sollte.

BM Böhling führt aus, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten hat, die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen ausgewiesenen Flächen planungsrechtlich zu überarbeiten. Damit sei jedoch nicht ein Verkauf der Fläche festgelegt worden. Möglicherweise erfolge eine Entwicklung durch die Stadt selbst. Auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, würde der Rat möglichen Investoren entsprechende städtebauliche Vorgaben geben.

RM Freygang verweist auf den Redebeitrag des RM Kloß zur negativen Entwicklung der Einwohnerzahl und betont, dass die Politik verantwortlich dafür sei, in die Zukunft zu schauen und entsprechend gegenzusteuern, um die Infrastruktur – Schulen, Kindergärten, Sporthallen und dergleichen - entsprechend zu erhalten. Diese Vorausschau habe man in der Vergangenheit bereits durch die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten gezeigt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des Bürgermeisters weist **RM Ottens** darauf hin, dass der Kramermarkt ein Fest für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist. Hier gehe es nicht um größere Volksfeste, Ferienparks oder Ähnliches, vielmehr gehe es um die Durchführung einer Identität stiftenden Veranstaltung in Schortens. Daher sei es vollkommen ausreichend, wenn lediglich die Bürgerinnen und Bürger aus Schortens die Veranstaltung besuchen. Er gibt zu bedenken, dass Familien, die den Kramermarkt besuchen, nicht unbedingt in der Lage sind, weit entfernte Volksfeste zu besuchen.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder gewählt wurden, um im Auftrag der Bürger/-innen Verantwortung für diese Stadt wahrzunehmen. Ein wichtiges Thema sei der zuvor vom RM Kloß erwähnte „Demografische Wandel“. Der dargestellte Rückgang der Einwohnerzahl würde Konsequenzen für die Infrastruktur in der Stadt haben, da man sich bestimmte Dinge dann nicht mehr leisten könne. Die Ratsmitglieder seien daher in der Pflicht zu überlegen, wie man dem entgegenwirken kann. Er persönlich möchte auch zukünftig in einer Stadt mit Kultur, Natur und einem Nebeneinander von jungen und alten Menschen leben.

Bezug nehmend auf das Thema „Wohnraumnachfrage“ weist er darauf hin, dass bereits viele Menschen aufgrund der geforderten Flexibilität im Arbeitsmarkt das Bedürfnis haben,

eine schöne Wohnung mit Balkon zu beziehen und abends aus der Wohnung zu treten, um u. a. in einen Biergarten zu gehen. Für diese Menschen habe Schortens jedoch keinerlei Angebot. Er fände es sehr schade, wenn Menschen, die zurzeit im Außenbereich der Stadt Schortens wohnen und sich dazu entscheiden, eine Wohnung in der Stadt zu mieten, kein Angebot vorfinden und in umliegende Städte umziehen würden.

Auch sei zu erwarten, dass durch die geplante Ansiedlung von Unternehmen im JadeWeserPark und durch die Entwicklung des JadeWeserPorts in den nächsten Jahren Menschen in unsere Region kommen. Es wäre fatal, wenn die Schortenser Politik dieses Thema völlig ignorieren würde.

Er stellt heraus, dass kein Verkaufsbeschluss für die Kramermarktwiese gefasst wurde. Diese Fläche sei relevant, weil sie die einzige Fläche im innenstadtnahen Bereich ist, die sich im Eigentum der Stadt befindet. Was bedeutet, dass ein Einstieg in die Planung ohne langwierige Verhandlungen mit Investoren oder privaten Grundstücksbesitzern erfolgen kann.

Er betont die Wichtigkeit von Volksfesten und weist darauf hin, dass die Politik der Verwaltung signalisiert habe, dass es weiterhin ein Volksfest geben soll.

RM von Heynitz hält es auch für wichtig Sorge dafür zu tragen, dass der demografische Wandel die Stadt nicht ganz so schnell und hart trifft. Jedoch schlage man aus seiner Sicht gerade den falschen Weg ein und Schortens werde immer unattraktiver. Es würden Flächen vermarktet, die für eine Attraktivitätssteigerung in Schortens durchaus auch anderweitig genutzt werden könnten, dazu zähle er auch die Kramermarktwiese sowie die Sportplätze und das Aqua-Toll.

Herr Jan Renke Dirks, Mitglied der Initiative „Pro Kramermarkt“, teilt mit, dass weit über 4.000 Unterschriften für den Erhalt des Kramermarktes auf der Festwiese gesammelt wurden. In vielen Teilen der Bevölkerung bestehe der Wunsch auf Durchführung einer öffentlichen Diskussion zu diesem Thema. Er kritisiert, dass die Festwiese ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Initiative als Veranstaltungsort ausgeklammert wird. Es sei klar, dass Veränderungen dazu gehören. Jedoch müsse bitte die Möglichkeit bestehen, offen darüber zu diskutieren. Er erkundigt sich, ob die Bürger noch mit einer öffentlichen Diskussion hierzu rechnen können oder diese Entscheidung einfach vorgelegt wird.

Aufgrund der heutigen Diskussion und mit Blick auf den demografischen Wandel regt **RM Kloß** an, einen Arbeitskreis zu initiieren, der sich dieser Punkte anhand von verlässlichen Zahlen annimmt.

RM Borkenstein teilt Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Just mit, dass der Flohmarkt in dem kleinen Wäldchen am Brauerweg aufgrund der Brut- und Setzzeit Ende Juni abgeschafft wurde. Der Luftballonwettbewerb sei gestoppt worden, da sich jährlich viele Seevögel aufgrund der Überreste drangsalierten und viele Fische und Meeressäuger durch das Verschlucken von Luftballons sterben.

Weiter führt er aus, dass es für die SPD-FDP-Gruppe auch im nächsten Jahr einen Kramermarkt oder eine kramermarktsähnliche Veranstaltung in Schortens geben wird, allerdings an andere Stelle als bisher. Die Gruppe werde sich an der Entwicklung eines zukunftstauglichen Konzeptes beteiligen.

Er gibt zu bedenken, dass immer mehr Feste in der Umgebung stattfinden und das Geld nur einmal ausgegeben werden kann. Daher sei es wichtig, gemeinsam unter Einbeziehung des TGM, der Schausteller und der Ideen der Bürgerinnen und Bürger ein zukunftsorientiertes Konzept zu entwickeln.

RM Ostendorf äußert sich zu diversen vorangegangenen Redebeiträgen. Er sieht keine Veranlassung, weitere Neubaugebiete auszuweisen, da in den nächsten fünf bis zehn Jahren Hunderte, wenn nicht Tausende Einfamilienhäuser, die älter als 20, 30 Jahre sind, leer stehen werden. Dies passe nicht zusammen

Es folgen Redebeiträge des **RM Thiesing** und des **RV Fischer**.

RM Just geht näher auf diverse vorangegangene Redebeiträge ein.

Er stellt heraus, dass die Bürgerinnen und Bürger nach Bekanntmachung mit Entsetzen auf die Abschaffung des Kramermarktes reagiert haben, zumal bereits das Osterfeuer abgeschafft wurde und es auf dem Oktoberfest schon lange keine Fahrgeschäfte mehr gibt. In diesem Zusammenhang führt er weiter aus, dass über einen Abriss des Erlebnisteils des Freizeitbades „Aqua-Toll“ nachgedacht wird und die Kindertagesstättengebühren um 30 % erhöht wurden. Für ihn stellt sich die Frage, wie sich eine Stadt nach Abschaffung all dieser Dinge noch als kinder- und familienfreundlich bezeichnen kann.

Bezug nehmend auf die Wohnbebauung weist er darauf hin, dass auf drei Grundstücken im Bereich des Stadtkerns, auf denen bisher Einfamilienhäuser standen, insgesamt 36 zentrumsnahe neue Wohneinheiten geschaffen werden. Im Bereich des Zentrums gebe es eine Fülle von Einfamilienhäusern, deren Sanierung wahrscheinlich unwirtschaftlich sei. Vielmehr sei es wirtschaftlicher, dort größere Einheiten zu errichten. Platz für zentrumsnahen Wohnraum sei daher ausreichend vorhanden. Da für diesen Bereich bereits Bebauungspläne bestehen, sei die Bebauung zudem schnell realisierbar, während für den Bereich Kramermarktwiese die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens erforderlich wäre. Daher sei die Kramermarktwiese für die Errichtung von zentrumsnahen Wohnungen entbehrlich.

Herr Jan Renke Dirks unterstreicht, dass sich Teile der Bevölkerung in dieser Angelegenheit übergangen fühlen. Es werde von vornherein ein Fakt geschaffen und erst anschließend angeboten, darüber öffentlich zu diskutieren. In den in nur knapp fünf Wochen gesammelten 4000 gesammelten Unterschriften sei der Wille vieler Teile der Bevölkerung zu erkennen. Daher bittet er darum, über das Thema Kramermarktwiese noch einmal offen und ernsthaft unter Einbeziehung aller Beteiligten zu diskutieren.

BM Böhling weist darauf hin, dass sich auch ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger gegen den Kramermarkt ausspricht.

RV Fischer weist die Vertreter der Initiative „Pro Kramermarkt“ darauf hin, dass eine Beratung über die Unterschriftenliste nach Einreichung bei der Verwaltung in den Gremien erfolgen kann.

RM Homfeldt bestätigt, dass 4.000 Unterschriften beeindruckend sind. Das Engagement der Initiative bewertet er positiv. Er bittet jedoch zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um 25 % der Bevölkerung handelt und äußert den Wunsch, über die Angelegenheit mit dem angemessenen Respekt weiter zu beraten. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag des Bürgermeisters unterstützt.

RM Ostendorf nimmt Stellung zu diversen vorangegangenen Redebeiträgen und beantragt eine geheime Abstimmung.

RM Borkenstein geht näher auf den Redebeitrag des RM Ostendorf ein, in dem er auf Tausende leer stehende Einfamilienhäuser hingewiesen hat.

RM Ostendorf erwidert, dass er über „Hunderte“ leer stehende Einfamilienhäuser gesprochen hat.

BM Borkenstein bittet darum, den vorgenannten Redebeitrag des RM Ostendorf exakt ins Protokoll aufzunehmen.

Hinweis: Der Redebeitrag des RM Ostendorf ist auf der Seite 12 der Niederschrift nachzulesen.

Weiter führt er aus, dass von RM Ostendorf fälschlicherweise in den Raum gestellt wurde, dass die Kindertagesstättengebühren grundsätzlich um 30 % gestiegen sind.

RM Just erwidert, dass diese Aussage von ihm getroffen wurde.

RM Borkenstein entschuldigt sich und korrigiert seine Aussage dahingehend, dass es sich hierbei um eine Äußerung der BfB-Fraktion gehandelt hat.

Auch die Aussage, der Spaßbadteil des Freizeitbades Aqua-Toll solle abgerissen werden, sei nicht richtig, da derzeit noch eine Untersuchung der Alternativen durchgeführt und erst anschließend eine Beratung und Beschlussfassung über die Zukunft des Freizeitbades erfolgen wird.

RM Just möchte in der Niederschrift festgehalten haben, dass er gesagt hat, dass die Kindertagesstättengebühren um 30 % erhöht worden sind, dass er aber nicht gesagt hat, dass sie pauschal um 30 % erhöht worden sind.

Es folgt ein weiterer Redebeitrag des **RM von Heynitz**.

RM Ostendorf zieht seinen Antrag auf geheime Abstimmung zurück.